

BR/GT I/69 d/70

Travaux Préparatoires EPÜ 1973

Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.

REGIERUNGSKONFERENZ
UEBER DIE EINFUEHRUNG
EINES EUROPÄISCHEN
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

Luxemburg, den 21. Oktober 1970
BR/GT I/69/70

- Sekretariat -

Untergruppe "Ausführungsordnung"
der Arbeitsgruppe I

ARBEITSUNTERLAGE

Artikel 85 Nummer 1
88 Nummern 1, 2 und 3
97 Nummer 1
99 Nummer 1
111 Nummer 1
112 Nummer 1
113 Nummern 1 und 2

(Vom Redaktionsausschuss ausgearbeiteter Text)

BR/GT IV/69 d/70 bm

Zu Artikel 85
(früher Artikel 86a)

Nummer 1

Veröffentlichung der europäischen Patentanmeldungen und Patentschriften

Der Präsident des Europäischen Patentamts bestimmt, in welcher Form die europäischen Patentanmeldungen und die Patentschriften veröffentlicht werden und welche Angaben sie enthalten sollen.

Bemerkung:

Dieser Artikel ersetzt die Nummer 1 zu Artikel 85 in dem Dokument BR/50/70, Seite 35, und betrifft auch die Artikel 98 und 107 des Ersten Vorentwurfs. Er ist Artikel 85 nur vorläufig zugeordnet.

Zu Artikel 88

Nummer 1

Form des Prüfungsantrags

(1) Der Antrag auf Prüfung der europäischen Patentanmeldung ist schriftlich einzureichen.

(2) Der Antrag muss enthalten:

- a) den Namen und die Anschrift des Antragstellers, nach Massgabe des Artikels ... (Nr. 1 zu Artikel 66) Absatz 2 Buchstabe c;

Bemerkung:

In Absatz 2 Buchstabe a werden die Staatsangehörigkeit und der Staat des Wohnsitzes oder Sitzes des Antragstellers nicht erwähnt. Die Vorschrift geht nämlich davon aus, dass genäss Artikel 172 Absatz 3 Satz 1 des Uebereinkommens in der Ausführungsordnung vorgesehen wird, dass ein Dritter, der einen Prüfungsantrag stellt und im Gebiet der Vertragsstaaten weder Sitz noch Wohnsitz hat, vor dem Europäischen Patentamt nicht vertreten zu sein braucht.

- b) die Nummer der europäischen Patentanmeldung, auf die sich der Antrag bezieht, sowie die Bezeichnung des Anmelders und der Erfindung;
- c) falls ein Vertreter bestellt ist, seinen Namen und seine Geschäftsanschrift nach Massgabe des Artikels ... (Nr. 1 zu Artikel 66) Absatz 2, Buchstabe c;

Zu Artikel 88

Nummer 2

Zurückweisung des Prüfungsantrags

(1) Stellt das Europäische Patentamt fest, dass der Prüfungsantrag nicht den Vorschriften des Artikels ... (Nummer 1 zu Artikel 88) entspricht, so teilt es dies dem Antragssteller mit und fordert ihn auf, innerhalb einer vom Europäischen Patentamt zu bestimmenden Frist die gerügten Mängel zu beseitigen.

(2) Werden die gerügten Mängel nicht rechtzeitig beseitigt, so weist das Europäische Patentamt den Prüfungsantrag zurück.

Zu Artikel 88

Nummer 3

Fortsetzung des Erteilungsverfahrens im Falle des
unwirksamen Prüfungsantrags eines Dritten

(1) Ist ein Prüfungsantrag von einem Dritten gestellt worden, der im Zeitpunkt der Antragstellung handlungsunfähig war, und hat das Europäische Patentamt den Mangel der Wirksamkeit des Antrags nach Beginn der Prüfung der europäischen Patentanmeldung festgestellt, so wird das Erteilungsverfahren von Amts wegen fortgesetzt. Die bereits vorgenommenen Verfahrenshandlungen gelten als wirksam.

(2) Ist ein Prüfungsantrag, der von einem Dritten unter den Voraussetzungen des Absatzes 1 eingereicht worden ist, vor Ablauf der in Artikel 88 Absatz 2 des Übereinkommens vorgesehenen Frist dem Anmelder mitgeteilt oder im Europäischen Patentblatt bekanntgemacht worden und hat das Europäische Patentamt den Mangel der Wirksamkeit des Antrags vor Beginn der Prüfung der europäischen Patentanmeldung festgestellt, so teilt das Europäische Patentamt dies dem Anmelder mit. Erfolgt diese Mitteilung später als zwei Monate vor Ablauf der genannten Frist, so kann der Anmelder in Abweichung von Artikel 88 Absatz 2 des Übereinkommens einen Prüfungsantrag bis zum Ablauf von zwei Monaten nach der Mitteilung einreichen. Dieser gilt als am Tag des Eingangs des früheren Prüfungsantrags gestellt. Die bereits vorgenommenen Verfahrenshandlungen gelten als wirksam.

Zu Artikel 97

(früher Artikel 96)

Die nachstehende Bemerkung ist Artikel 97 nur vorläufig zugeordnet:

Bemerkung:

Die Untergruppe hat festgestellt, dass im Uebereinkommen eine Bestimmung über die Anhörung im Erteilungsverfahren fehlt. Sie ist der Ansicht, dass im Uebereinkommen entweder eine solche Vorschrift geschaffen werden sollte oder alle Vorschriften im Uebereinkommen über die Anhörung und mündliche Verhandlung in einer allgemeinen Vorschrift zusammengefasst werden sollten. Für diesen letzten Fall hat die Untergruppe in Erwägung gezogen, in die Ausführungsordnung folgende Vorschrift aufzunehmen:

"Ist ein zu einer Anhörung oder mündlichen Verhandlung ordnungsgemäss geladener Beteiligter vor dem Europäischen Patentamt nicht erschienen, so kann das Verfahren ohne seine Anhörung fortgesetzt werden."

Zu Artikel 99
(früher Artikel 96b)

Nummer 1

Ausstellung von Ausfertigungen der Urkunde über das europäische
Patent

Der Inhaber eines europäischen Patents kann verlangen,
dass ihm gegen Entrichtung der in der Gebührenordnung zum
Uebereinkommen vorgeschriebenen Gebühr Ausfertigungen der
Urkunde über das europäische Patent ausgestellt werden.

Zu Artikel 111

(früher Artikel 108)

Nummer 1

Inhalt der Beschwerde

Die Beschwerde muss enthalten:

- a) den Namen und die Anschrift des Beschwerdeführers, nach Massgabe des Artikels ... (Nr. 1 zu Artikel 66) Absatz 2 Buchstabe c;
- b) einen Antrag, der die angefochtene Entscheidung und den Umfang anzugeben hat, in dem ihre Aenderung oder Aufhebung begehrt wird;
- c) die Gründe, aus denen die Aenderung oder Aufhebung der Entscheidung begehrt wird.

Zu Artikel 112
(früher Artikel 109)

Nummer 1

Rückzahlung der Beschwerdegebühr

Die Rückzahlung der Beschwerdegebühr wird angeordnet, wenn der Beschwerde abgeholfen oder ihr durch die Beschwerdekammer stattgegeben wird und die Rückzahlung wegen eines wesentlichen Verfahrensmangels der Billigkeit entspricht. Die Rückzahlung wird, falls der Beschwerde abgeholfen wird, von der Stelle, deren Entscheidung angefochten wurde, in den übrigen Fällen von der Beschwerdekammer angeordnet.

Zu Artikel 113
(früher Artikel 110)
Nummer 1

Stellungnahme der Beteiligten

(1) Die Beschwerdekammer übersendet die Beschwerde den übrigen Beteiligten und stellt ihnen anheim, innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist zu der Beschwerde Stellung zu nehmen.

(2) Die Beschwerdekammer teilt die Stellungnahmen den übrigen Beteiligten mit.

(3) Die Beschwerdekammer kann die Beteiligten jederzeit auffordern, innerhalb einer von ihr zu bestimmenden Frist weitere Stellungnahmen abzugeben.

Zu Artikel 113

(früher Artikel 110, Nr. 2a)

Nummer 2

Verzicht auf die Beteiligung am Verfahren

(1) Die am Beschwerdeverfahren Beteiligten mit Ausnahme des Beschwerdeführers und des Patentinhabers können jederzeit auf ihre Beteiligung am Beschwerdeverfahren verzichten. Der Verzicht ist dem Europäischen Patentamt zu erklären; er ist unwiderruflich. Gibt ein am Beschwerdeverfahren Beteiligter mit Ausnahme des Patentinhabers innerhalb der in Artikel (Nummer 1 zu Artikel 113) Absatz 1 genannten Frist keine Stellungnahme ab, so gilt dies als Verzicht auf seine Beteiligung am Beschwerdeverfahren.

(2) Die nach dem Verzicht eines Beteiligten erwachsenen Kosten des Verfahrens können diesem nur in dem Umfang auferlegt werden, in dem sie dieser Beteiligte verursacht hat.
